

<b>Seite:</b>	04 bis 04	<b>Jahrgang:</b>	66
<b>Ressort:</b>	Politik	<b>Nummer:</b>	178
<b>Rubrik:</b>	Passauer Neue Presse - Ausgabe A	<b>Auflage:</b>	177.195 (gedruckt) 166.616 (verkauft) 167.885 (verbreitet)
<b>Ausgabe:</b>	Passauer Neue Presse - Hauptausgabe/Landkreis Passau	<b>Reichweite:</b>	0,49 (in Mio.)
<b>Gattung:</b>	Tageszeitung		
<b>Weblink:</b>	<a href="http://www.pnp.de/nachrichten/artikel.php?cid=29-33063723&amp;Ressort=pol&amp;BNR=0">http://www.pnp.de/nachrichten/artikel.php?cid=29-33063723&amp;Ressort=pol&amp;BNR=0</a>		

DREI FRAGEN AN . . .

# Ohne Titelangabe

. . . **Johann-Magnus von Stackelberg**, Vizevorsitzender des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen.

**„Regierung macht einen großen Fehler“**

Die Regierung sagt dem Ärztemangel den Kampf an. Sind die gesetzlichen Instrumente geeignet, um mehr Ärzte aufs Land zu locken?

**Johann-Magnus von Stackelberg:** Die Grundidee ist vernünftig, Unterversorgung auch mit finanziellen Reizen anzugehen. Unter- und Überversorgung mit Ärzten sind jedoch zwei Seiten einer Medaille. Wir hätten uns mehr Mut von der Bundesregierung gewünscht, gegen die zu hohe Zahl von Ärzten in verschiedenen Bereichen vorzugehen. Wenn man sich weiterhin zu viele Ärzte in bestimmten Regionen und Fachgebieten leistet, verpuffen die Maßnahmen gegen Ärztemangel. Die Kassen fordern Honorarabschläge für Ärzte, die sich neu in bereits überversorgten Gebieten

niederlassen wollen. Diese Möglichkeit hat die schwarz-gelbe Regierung zuerst außer Kraft gesetzt und schafft sie jetzt ganz ab. Das ist ein großer Fehler.

*Welche Maßnahmen wünschen sich die Kassen noch zur Verbesserung der Versorgung?* **Stackelberg:** Die Bekämpfung der Überversorgung steht im Zentrum. Wir dürfen nicht gezwungen werden, Überversorgung fortzusetzen und weiter teuer zu bezahlen. Zurzeit erwirbt ein Praxisinhaber einen eigentumsrechtlichen Schutz an der Lizenz, mit dem kann er an den Nachfolger weiterverkaufen. Die Altbesitzer können und wollen wir selbstverständlich nicht enteignen. Für zukünftige Ärztegenerationen darf es diesen speziellen Eigentumschutz jedoch nicht mehr geben. Die Möglichkeit für die Kassenärztlichen Vereinigungen, Praxen aufzukaufen, genügt nicht. So werden nicht genügend überzählige Praxen aus dem Markt

genommen. Wir brauchen eine Pflicht, dass Praxen in überversorgten Gebieten aufgekauft werden müssen.

*Wie teuer wird der Kampf gegen den Ärztemangel für die Versicherten?*

**Stackelberg:** Wir hatten zunächst die Befürchtung, dass im Wahljahr 2013 mehr als zwei Milliarden Euro fällig werden. Das entsprechende Schlupfloch im Gesetz für exzessive Honorarerhöhungen hat der Minister jedoch wie versprochen geschlossen. Ich bin dennoch skeptisch, dass es nun bei 200 Millionen Euro jährlich für Landärzte und 120 Millionen Euro für Zahnärzte bleiben wird. Der Gesundheitsminister rechnet mit großen Einsparpotenzialen, wenn mehr Ärzte sich auf dem Land niederlassen. Die sehen wir jedoch nicht.

F.: gkv

Interview: Christoph Slangen

<b>Wörter:</b>	342
<b>Urheberinformation:</b>	(c) 2011 NeuePresseVerlags-GmbH Passau